

SÜDTIROL | WIRTSCHAFT

von ih 16.07.2018 18:59 Uhr

## „Die Sonne lacht am Südtiroler Wirtschaftshimmel nicht für alle“

Wie sich schon in der Frühjahrsumfrage angedeutet hat, so ist auch das **AFI-Barometer** für den bisherigen Sommergeverlauf positiv. „Die Sonne lacht am Südtiroler Wirtschaftshimmel aber nicht für alle“, warnt SVP-Arbeitnehmervertreter Zeno Christanell.

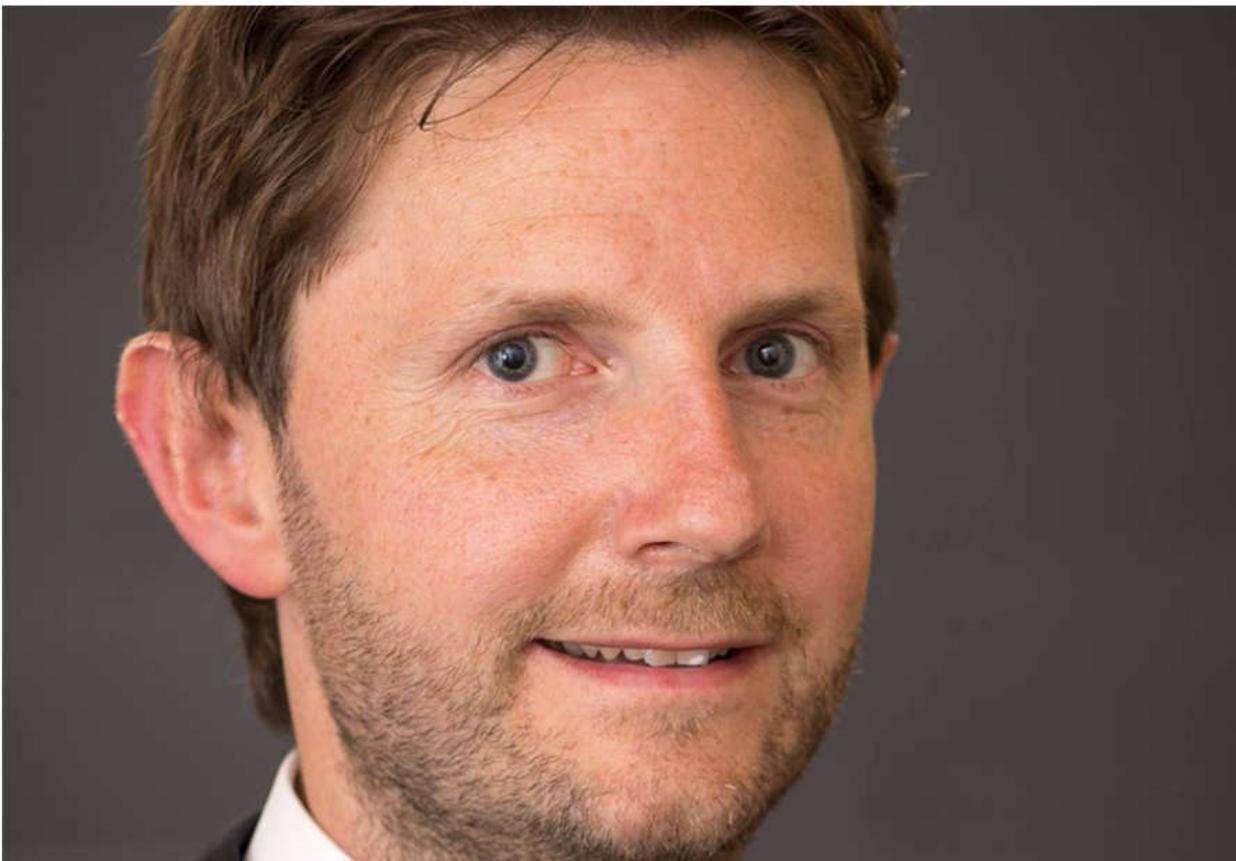


Foto: Zeno Christanell

In der Langzeitbetrachtung zeigt der Branchenspiegel, dass sich die Stimmung quer durch alle Sektoren aufgehellt hat. Immer noch weniger gut schätzen Arbeitnehmer die wirtschaftliche Situation der eigenen Familie ein. Vor allem im Niedriglohnsektor bleibt die Lage für viele prekär.

„Die Südtiroler Wirtschaft brummt und das ist auch gut so. Der Erfolg muss aber gleichmäßiger verteilt werden. Es kann nicht sein, dass Menschen in Vollzeit nicht mit ihren Löhnen auskommen. Vor allem Familien sind gefährdet in relative Armut zu geraten“, so Zeno Christanell.

Das habe mit den zu geringen Löhnen zu tun. Auch wenn aus der aktuellen Erhebung des Beobachtungszentrums der Beschäftigungsberater hervor geht, dass in Südtirol im italienweiten Vergleich die höchsten Gehälter ausgezahlt werden, bleibt davon kaum etwas übrig, da die Lebenshaltungskosten deutlich über dem staatlichen Durchschnitt liegen.

## Politik darf niemand im Schatten lassen

„Heute schon sind die Lebenshaltungskosten um rund 20 Prozent höher als im restlichen Italien. Die Löhne aber nur um rund 7 Prozent. Die Kluft geht dabei sogar noch auseinander: In Bozen sind die Verbraucherpreise innerhalb eines Jahres um 2,1 Prozent angestiegen, die Löhne im Südtirol-Durchschnitt aber nur um 1,6 Prozent“, rechnet der SVP-Arbeitnehmervertreter vor.

Auch wenn es in den letzten Jahren gelungen sei, die Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen zu stabilisieren und auch die Steuerbelastung für viele Familien zu senken, müsse man darauf achten, dass von der positiven Stimmung alle profitieren und es keine Verlierer gibt, die sich abgehängt fühlen.

„So sollte man etwa mit regionalen Zusatzabkommen zu den Kollektivverträgen gezielt das Lohnniveau erhöhen und gewisse Berufe durch mehr Elternzeit auch familienfreundlicher machen. Vorbildliche Initiativen sollte das Land auch fördern. Im Haushalt stehen fast 90 Millionen Euro an IRAP-Reduzierungen zur Verfügung, die nun nicht mehr zielführend sind und entsprechend besser verwendet werden könnten“, meint Christanell. Aufgabe der Politik sei es, dafür zu sorgen, dass bei allem Sonnenschein am Wirtschaftshimmel niemand im Schatten allein gelassen wird.

